



Detailansicht des Registereintrags

Stiftung Digitale Chancen

Aktuell seit 05.09.2025 14:27:10

Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

Registernummer:	R004004
Ersteintrag:	04.04.2022
Letzte Änderung:	05.09.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	31.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Chausseestr. 15 10115 Berlin Deutschland
	Telefonnummer: +493043727730 E-Mail-Adressen: info@digitale-chancen.de Webseiten: www.digitale-chancen.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges	
Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
40.001 bis 50.000 Euro	
Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
1,00	

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Jutta Croll M.A.

Funktion: Vorstandsvorsitzende

2. Dr. Marion Brüggemann

Funktion: Mitglied des Vorstands

3. Stefica Divkovic

Funktion: Mitglied des Vorstands

4. Prof. Dr. Verena Metze-Mangold

Funktion: Mitglied des Vorstands

5. Claudia Mechthild Dorothee von Bothmer

Funktion: Mitglied des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. Jutta Croll M.A.

Mitgliedschaften (10):

1. Initiative D21 e.V.
2. ALL DIGITAL - Enhancing Digital Skills Across Europe
3. National Coalition Deutschland - Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V.
4. GMK Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V.
5. Informationsdienst Wissenschaft e.V. (idw)
6. ifa - Institut für Auslandsbeziehungen e.V.
7. EU-Initiative klicksafe
8. Verein Internet ABC e.V.
9. BBE - Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
10. Bundesverband Deutscher Stiftungen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Schulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Kultur; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Massenmedien; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Integration; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Stiftung Digitale Chancen betreibt die Interessenvertretung selbst. Sie ist eine anerkannte gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Berlin, die seit der Gründung im Jahr 2002 die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung erforscht und sich für den chancengleichen Zugang aller Menschen zum Internet ein setzt. Sie vertritt die Interessen der gesellschaftlichen Gruppen, die von einer digitalen Spaltung potenziell betroffen sind. Dazu gehören u.a. ältere Menschen, Frauen, Kinder und Jugendliche, Menschen in ländlichen Regionen und in sozio-ökonomisch schwierigen Lebensverhältnissen, Menschen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderung und Menschen mit niedrigem Bildungsniveau. Sie thematisiert Verbesserungen in der Verfügbarkeit von digitalen Diensten, Endgeräten und Infrastruktur, der barrierefreien Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Diensten und Geräten sowie der Verständlichkeit, der Sicherheit und Nachhaltigkeit und des Kinder- und Jugendmedienschutzes. Dazu führt die Stiftung Veranstaltungen durch und steht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in regelmäßigem Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern, der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. JMStV-E 2022

Beschreibung:

Die Einflussnahme zielt darauf zu klären, ob ein technischer Jugendmedienschutz, der auf Betriebssysteme zielt, welche von i.d.R. nicht in Deutschland ansässigen Herstellern und Anbietern für einen globalen Markt entwickelt werden, auf nationaler Ebene mit einem in der Zuständigkeit der Bundesländer liegenden Regelungswerk wirksam adressiert werden kann.

Interessenbereiche:

Internetpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]

2. Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Jugendschutzgesetzes (BMFSFJ)

Beschreibung:

Unterstützung für die Anpassung der Verfahrensregelungen hinsichtlich der elektronischen Antragstellung in § 1 sowie der elektronischen Übermittlung von Entscheidungen in § 10 ebenso wie die Durchführung der Verhandlung unter Nutzung von Bild- und Tonübertragungstechnik gemäß § 8a. Änderung in § 11 Belehrungspflichten dahingehend, den kinderrechtlichen Ansatz des novellierten JuSchG auch hier aufzugreifen und die oder den Vorsitzende(n) dazu zu verpflichten, die Beisitzerinnen und Beisitzer auf den Vorrang des Kindeswohls gemäß UN-Kinderrechtskonvention Art.3: (1) hinzuweisen: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, ... ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 451/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Jugendschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

JuSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Internetpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]

3. Verordnung zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern COM (2022) 209 final**Beschreibung:**

Änderung dahingehend, dass neben der Berücksichtigung der technischen, juristischen, grundrechtlichen, datenschutzrechtlichen, sozialen und/oder gesellschaftlichen Implikationen der vorgeschlagenen Regulierung auch das Wohl des Kindes vorrangig berücksichtigt wird und seinem Recht auf Schutz vor sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung Rechnung getragen wird.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]

4. Digitale Dienste Gesetz**Beschreibung:**

Einflussnahme dahingehend, die Kinderrechte gemäß UN-Kinderrechtskonvention sowie die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 (General Comment #25) über die Rechte der Kinder im digitalen Umfeld sowie daraus resultierende Belange von Kindern und Jugendlichen im Gesetzgebungsverfahren angemessen zu berücksichtigen und dem Vorrang des Kindeswohls Rechnung zu tragen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10031 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

JuSchG [alle RV hierzu]; NetzDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]

5. Eckpunktepapier des Bundesministeriums der Justiz für ein Gesetz gegen digitale Gewalt

Beschreibung:

Einflussnahme dahingehend, das bereits im Jugendschutzgesetz, § 10a verankerte Schutzziel der persönlichen Integrität auch in die Zielsetzung des Gesetzes gegen Digitale Gewalt aufzunehmen, Informations- und Beratungsangebote zur Förderung eines kompetenten Umgangs mit digitalen Medien sowie Angebote zur Vermeidung oder Reduzierung von Interaktionsrisiken gesetzlich zu verankern sowie Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegung, wie sie im Digital Services Act vorgesehen sind, in das Gesetz aufzunehmen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]

6. Reform §184b StGB

Beschreibung:

Einflussnahme dahingehend, dass zukünftig Verfahren gemäß der Strafprozessordnung (wieder) eingestellt werden können, wenn erwachsene beschuldigte Personen nicht aus pädokriminellen Gründen, welche mit Paragraph 184b verfolgt werden sollen, handeln oder, wenn jugendliche beschuldigte Personen einvernehmlich miteinander und ohne die Rechte Dritter zu beeinträchtigen einschlägiges Material erstellen, besitzen und untereinander teilen. Einflussnahme dahingehend, der Intention des Abs. 118 der Allgemeinen Bemerkung Nr.25 zu folgen und das einvernehmliche Austauschen sexueller Inhalte unter Gleichaltrigen nicht zu kriminalisieren, sondern einvernehmliches Sexting grundsätzlich zu legalisieren.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10540 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Mindeststrafen des § 184b Absatz 1 Satz 1 und Absatz 3 des Strafgesetzbuches - Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Internetpolitik [alle RV hierzu]

7. Bildungsoffensive Medienkompetenz und Dynamisierung des Kinder- und Jugendplans (KJP)

Beschreibung:

Jugendmedienschutz ist eine Ressortübergreifende Gemeinschaftsaufgabe. Dafür braucht es eine nationale Bildungsoffensive Medienkompetenz zu der sich die Fraktionen bekennen. Zur Umsetzung dieser Aufgabe gibt es bereits bewährte und erfolgreiche Initiativen und Maßnahmen, die eine verlässliche Finanzierung benötigen, um diesen nationalen Auftrag verlässlich erfüllen zu können.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (6):

1. Europäische Kommission (Programm Erasmus+)

Europäische Union

Brüssel, Belgien

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

- BoostDigiCulture: Unterstützung des Kultur- und Kreativsektors durch die Vermittlung von digitalen Kompetenzen über Micro-Learning
- Anti-Rumour: Schärfung des Bewusstseins für Fake News und Verschwörungserzählungen, mit einem Schwerpunkt auf Desinformation inUmweltfragen und sozialer Teilhabe.
- Erasmus+ Mobility: geförderte Schulung des Personals zur verantwortungsvollen Nutzung von KI
- QueeResilience: partizipatives Projekt mit der LGBTQ+ Community, um digitale Stressfaktoren zu bewältigen und Potenziale digitaler Medien für psychisches Wohlbefinden zu nutzen
- LiterAge4All: Das Projekt befasst sich mit der digitalen Ausgrenzung älterer Erwachsener und versucht, ihnen einen digitalen Zugang zu Gesundheitsinformationen und -diensten zu ermöglichen.
- HEAL: Die Förderung der digitalen Kompetenz im Umgang mit der Hard- und Software im Gesundheitsbereich und das Wissen um die damit verbundenen Fragen (z. B. Datenschutz und Schutz der Privatsphäre) ist Ziel des Projektes

2. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin, Deutschland

Betrag: 700.001 bis 710.000 Euro

Das BMFSFJ förderte im Berichtsjahr bei der Stiftung Digitale Chancen die folgenden Projekte:

Das "Initiativbüro: Gutes Auswachsen mit Medien" unterstützt das gemeinsame Handeln von Bund, Ländern, Kommunen, Trägern und Verbänden sowie Unternehmen für ein gutes Aufwachsen mit Medien und entwickelt die Rahmenbedingungen in Deutschland weiter. So soll die medienpädagogische Arbeit für Kinder und Jugendliche unterstützt und zusätzliche Beratungs- und Vernetzungsangebote für Fachkräfte, Ehrenamtliche, Multiplikator*innen entwickelt werden.

Das Projekt "Kinderschutz und Kinderrechte in der digitalen Welt" hat das Ziel, eine Strategie für kinder- und jugendpolitische Maßnahmen zu entwickeln und zur Umsetzung zu bringen, die zur Verwirklichung der Kinderrechte in allen Lebensbereichen und zu ihrem Schutz im digitalen Umfeld beiträgt sowie Kinder zur Wahrnehmung ihrer Rechte und zum Selbstschutz bei der Nutzung digitaler Medien befähigt.

3. Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hannover

Betrag: 430.001 bis 440.000 Euro

Das Projekt Digitale Dörfer Niedersachsen wird als Kooperationsprojekt der Stiftung Digitale Chancen mit dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering (IESE) durchgeführt und vom Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung gefördert. Die Digitale Dörfer Plattform besteht aus verschiedenen Angeboten und Konzepten, im Projektkontext Lösungen genannt, die die Chancen einer ganzheitlichen Betrachtungsweise des Themas der Digitalisierung im Sinne eines digitalen Ökosystems aufzeigen.

4. Bundesministerium des Innern und für Heimat

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Die Stiftung Digitale Chancen schafft und entwickelt im Rahmen des Projektes Miteinander online im Norden bedarfsgerechte Digitalisierungsangebote für die AWO Schleswig-Holstein weiter, um Mitglieder und Ehrenamtliche enger zu vernetzen, ihr Engagement zu fördern und zu stärken, ihnen Beteiligung zu ermöglichen, sowie Hauptamtliche in ihren Aktivitäten zu unterstützen.

5. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 1.880.001 bis 1.890.000 Euro

Mit dem Angebot eines Kulturpasses möchte der Bund junge Menschen dazu anregen, Kultur vor Ort zu erleben. Die Jugendlichen suchen über eine App nach kulturellen Angeboten teilnehmender Kulturanbieter und nehmen diese mittels eines kostenlos zur Verfügung gestellten Guthabens in Anspruch. Dabei soll die Nachfrage nach kulturellen Angeboten stimuliert sowie der Zugang zu den Angeboten – analog und digital – gefördert werden. Die Stiftung Digitale Chancen übernimmt in dem Vorhaben die Ansprache und Einbindung der Kulturanbietenden sowie der Jugendlichen.

6. Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn

Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro

Die Stiftung Digitale Chancen setzt das Projekt KiZI-Kindgerechte Zugänge zum Internet um. Das Ziel des Projekts ist es, eine Grundlage für die gezielte Förderung digitaler kindgerechter

Angebote sowie für Orientierungsangebote für personensorgeberechtigte Personen zu schaffen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Jahresabschluss-2023_signiert.pdf](#)